

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

August/September 2013

Sonderausgabe für den Wahlkreis 61

Hier ist DIE LINKE – 100 Prozent sozial

Von Norbert Müller, Bundestagsdirektkandidat für den Wahlkreis 61

Das Wahlprogramm der LINKEN ist ambitioniert und mutig. Es bricht mit der Vorstellung der „marktkonformen Demokratie“ Angela Merkels. Wir wollen die Märkte demokratisieren und das Primat des Politischen. Uns wird vorgeworfen, unsere Pläne seien unrealistisch. Völlig unreal ist es aber, wenn immer weitere Milliarden für Bankenrettung, Steuergeschenke für Reiche und in die Kriegseinsätze der Bundeswehr verplempert werden. Heute ist der Mindestlohn, ist die Finanztransaktionssteuer in fast Aller Munde. Und so wird es auch mit anderen Forderungen sein. Wir wollen kein weiteres Durchwursteln, wir wollen verändern.

In einem reichen Land wie Deutschland werden Erträge der Arbeit, aber auch der steigenden gesellschaftlichen Produktivität immer ungleicher verteilt. Wo es früher noch üblich war, dass die Gehälterrelation zwischen Facharbeitern und dem Management bei höchstens 1:20 liegt, so liegt sie heute teilweise bei 1:400 und noch darüber. Diese krasse Ungleichheit bedroht die Gesellschaft in ihrer Substanz.

An den Finanzmärkten wird in immer stärkerem Maße spekuliert. Wenn es klappt, werden die Gewinne privatisiert. Wenn es

nicht klappt, müssen wir alle über Bankenrettungspakete und Schutzschirme dafür haften. Eine krassere Umverteilung von unten nach oben kann es kaum geben. Zu glauben, dass an den Finanzmärkten Werte



geschaffen werden, ist jedenfalls unreal. Daher sagen wir als LINKE: Wir wollen jede Finanztransaktion mit 0,1 Prozent besteuern, und somit Spekulationsblasen entgegenwirken. Wir wollen hohe Einkommen und Vermögen wieder angemessen heranziehen und damit das finanzieren, was das Land dringend braucht: Eine anständige soziale Grundsicherung, gute Kitas, Hochschulen mit genügend Studienplätzen, und vor allem mehr Wohnraum und sozialen Wohnungsbau.

Es ist unsere Kampagne, und es ist unsere Chance allen zu zeigen: DIE LINKE ist da, DIE LINKE ist stark. Sie steht an der Seite der sozial Schwachen, der abhängig Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner.

Wir treten selbstbewusst für unser Programm ein, und wir werden natürlich nach Partnern schauen, mit denen wir dieses gemeinsam umsetzen können. Wir suchen das direkte Gespräch, wir sind die Partei der Straße. Und bis zur Bundestagswahl soll in Potsdam und im Wahlkreis 61 klar sein: HIER IST DIE LINKE – 100 Prozent SOZIAL.

Gut gewählt: DIE LINKE!

„Gerecht geht – mit uns!

Von Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender DIE LINKE



Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt – und gleichzeitig sind immer mehr Menschen arm. Nicht nur jene in der Hartz-IV-Mühle. Armut macht nicht einmal mehr halt vor regulär Beschäftigten. Jeder Vierte muss heute für einen Niedriglohn arbeiten. So wie viele – insbesondere weibliche – Beschäftigte im Einzelhandel, denen die Konzerne die Tarifverträge gekündigt haben. Die Branche ist ohnehin schon geprägt durch befristete Jobs mit geringer Arbeitszeit, durch Arbeit am Abend, am Wochenende oder Feiertagen. Jetzt wollen die Unternehmen, die Milliarden geschneffelt haben, neue Niedriglohngruppen einführen, Spät- und Wochenendzuschläge kürzen. Das passt ins Bild. Finanziell haben in den vergangenen Jahren fast ausschließlich die Unternehmen und Reichen profitiert. Konzerne machten Rekordgewinne und durften sich dennoch bei der Steuer arm rechnen. Immer mehr Manager erhalten Summen, die beim Rest der Gesellschaft Schwindelgefühle erzeugen. Doch Vorsicht: Während uns noch schwindelig ist, sehen viele Reiche zu, wie sie ihr Geld in sonnige oder verschneite Oasen schaffen und dem Gemeinwesen vorenthalten. Vermögen ist bei uns noch ungleicher verteilt als Einkommen. Diese Vermögenskonzentration ist das Ergebnis einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Dazu gehörten Steuerreformen, die Reiche und Unternehmen beschenkt haben, aber auch das Ende der Vermögenssteuer.

DIE LINKE ist angetreten, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land nach links zu verschieben. Mindestlohn, Mindestrente, sanktionsfreie Mindestsi-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Wohnen in Potsdam

Auf Antrag der LINKEN über wohnungspolitische Sofortmaßnahmen zu den Ergebnissen des Expertengremiums „Potsdam 22“ beschloss die Stadtverordnetenversammlung, sich für eine bundesgesetzliche Mietrechtsänderung hinsichtlich einer Begrenzung von Mieten bei Neuvermietungen zu positionieren. Vor Entscheidungen der SVV, die zur Erhöhung der Betriebskosten führen könnten, ist ein Abgleich mit den aktuellen Wohnkosten vorzulegen. Dazu soll bis Ende 2013 ein kontinuierliches Verfahren mit den Wohnungsunternehmen verabredet werden. Ebenfalls bis Dezember 2013 soll der Oberbürgermeister „in Vorbereitung eines wohnungspolitischen Konzeptes eine Zwischenbilanz zu bereits erprobten Maßnahmen und Instrumenten der Landeshauptstadt zur Unterstützung des Wohnungsbaus“ vorlegen. Des Weiteren appelliert die SVV an das Land Brandenburg, die Landeshauptstadt als Vorranggebiet mit Wohnungsmangel auszuweisen.

Regionales Schulessen

In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag der LINKEN beschlossen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Qualität des Schulessens durch regionale Versorgung und dezentrale Angebote, wie zurzeit u.a. in der Coubertin-Oberschule praktiziert, zu prüfen. Die negativen Folgen der Konzentration auf Großanbieter unter dem Kostenaspekt seien gerade deutlich geworden. Potsdam habe mit dem ländlichen Raum die besten Bedingungen dafür, die Potenziale unmittelbar zu nutzen. Der Antrag wurde mit einer Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen, in dem vorgeschlagen wird, sich an den Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu orientieren, den Bio-Anteil sukzessive zu erhöhen, die Kinder bei der Zubereitung und Essenausgabe zu beteiligen und mit einer entsprechenden Gestaltung der Räume die Esskultur zu erhöhen.

Fahrscheinloser ÖPNV

DIE LINKE unterstützt die Idee, den fahrscheinlosen ÖPNV in Potsdam perspektivisch ins Auge zu fassen. Die Vorteile eines fahrscheinfreien ÖPNV liegen auf der Hand: mehr Lebensqualität durch weniger autobedingte Beeinträchtigungen, d.h. u.a. saubere Luft und weniger Lärm, eine preiswertere Mobilität, eine Stärkung der Umsätze im innerstädtischen Einzelhandel. Fakt ist aber auch: den fahrscheinlosen ÖPNV gibt es nicht zum Nulltarif. Es geht um alternative Finanzierungswege. Darüber gehört diskutiert. So sollten z.B. auch Touristen über die „Potsdam & Berlin Card“ an der Finanzierung der Busse und Bahnen beteiligt werden. Eine repräsentative Bürgerbefragung sollte initiiert werden, um herauszufinden, unter welchen Bedingungen ein fahrscheinloser ÖPNV akzeptabel wäre. Wer weiß, womöglich bringt das Ergebnis die Politik und Verkehrsplanung zum Nachdenken.

(Fortsetzung von SEITE 1)

cherung, die Regulierung von Arbeitsverhältnissen, Steuergerechtigkeit. Wir haben diese Themen im Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen in die Diskussion gebracht. Es ist doch kein Zufall, dass heute alle Parteien von sozialer Gerechtigkeit reden, ohne allerdings zuzugeben, dass sie das Wort sozial ohne unseren Druck nicht einmal buchstabieren könnten. Jetzt gilt es, den zweiten Schritt zu machen – auf die soziale Rhetorik muss eine soziale Politik folgen. Ohne unseren parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck wird auch dies nicht gelingen. Deshalb braucht es wieder eine starke LINKE im Bundestag, die den anderen Parteien und diesem Land mehr soziale Gerechtigkeit abverlangt.

Informationen der Redaktion

Die nächste reguläre „PaS“ erscheint am 1. Oktober 2013. Und inhaltlicher Schwerpunkt bildet für diese Ausgabe dann Babelsberg/ Zentrum Ost. Die Redaktionssitzung für die Oktoberausgabe findet am Montag, 2. September 2013, in der Geschäftsstelle Dortustraße statt.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“ Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Direktmandate, Erststimme und Zweitstimme

Bei einer Wahl können die Wähler in ihren Wahlkreisen entscheiden, wer ihr Land regieren soll.

Die Wahlkreise sind so eingeteilt, dass in jedem etwa gleich viele Wähler leben. Der Politiker oder die Politikerein, die in einem Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt, vertritt die Menschen im Bundestag.

Das nennt man Direktmandat. Ein Mandat ist ein Auftrag. Der Begriff kommt vom lateinischen Ausdruck „ex mano datum“. Das bedeutet „etwas aus der Hand geben“. Die Wähler geben den Politikern durch ihre Stimme den Auftrag, sie im Bundestag zu vertreten. Über solche Direktmandate wird die Hälfte der Sitze im Bundestag verge-

ben.

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen: eine Erststimme und eine Zweitstimme.

Mit der Erststimme wählt man **direkt** einen Kandidaten/eine Kandidatin aus dem Wahlkreis, in dem man wohnt. In Deutschland gibt es 299 Wahlkreise.

Mit der Zweitstimme wählt man keinen bestimmten Kandidaten, sondern eine Partei. Jede Partei hat vor der Wahl eine Liste aufgestellt. Darauf stehen die Politiker, die für die Partei im Bundestag arbeiten möchten. Nach der Wahl werden die Stimmen

aus allen Wahlkreisen zusammengezählt. Je mehr Stimmen eine Partei bekommt, umso mehr Politiker von der Liste dieser Partei dürfen in den Bundestag. Die Zweitstimme wird daher auch Listenstimme genannt.

Fünf-Prozent-Hürde und Direktmandate: Um in den Bundestag zu kommen, brauchen die Parteien mindestens fünf Prozent der Stimmen. Dabei gibt es aber eine Ausnahme: Wenn eine Partei in mindestens drei Wahlkreisen Direktmandate gewinnt, darf sie Politiker auch in den Bundestag schicken, wenn sie insgesamt weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen bekommen hat.

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag
im Wahlkreis 61 Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II
am 22. September 2013

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme für die Wahl eines/einer **Wahlkreisabgeordneten** (Erststimme)

hier 1 Stimme für die Wahl einer **Landesliste (Partei)** (Zweitstimme)
- maßgebende Stimme für die Verteilung der Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

1 Müller, Norbert Student Potsdam	DIE LINKE	DIE LINKE	1
---	-----------	-----------	---

Diesmal Briefwahl nutzen – ganz einfach!

Sie sind am Wahltag verreist, haben keine Zeit oder wissen bereits, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen - ganz einfach und kostenlos.

Jeder Bürger, der im Wählerverzeichnis eingetragen ist, hat die Möglichkeit, seine Stimme zu den Wahlen bereits im Vorfeld per Briefwahl abzugeben. Diese muss beantragt werden.

Jeder Wahlberechtigte erhält per Post eine Wahlbenachrichtigungskarte an seinen Hauptwohnsitz geschickt – diese sollte bis zum 24.8.2013 eingegangen sein. Auf der Rückseite ist ein Briefwahlantrag aufgedruckt. Den kann man einfach ausfüllen und zurückschicken. Beim Antrag auf Briefwahl muss man keinen Grund angeben.

Weiterhin kann die Beantragung per Telefax, E-Mail, mit einem Online-Formular sowie auch mit Telegramm und Fernschreiben (aber nicht telefonisch) gestellt werden. Bitte geben Sie ihren Namen, ihre Wohnanschrift, ihr Geburtsdatum, die Nummer

des Wahlbezirkes und des Wählerverzeichnisses an (auf der Vorderseite der Wahlbenachrichtigungskarte unten). Sollen die Unterlagen nicht nach Hause geschickt werden, müssen Sie die Versandanschrift mitteilen.

Sie haben auch die Möglichkeit, Ihre Stimme „sofort“ per Briefwahl abzugeben. Dazu wird ab dem 2. September 2013 ein Briefwahllokal eingerichtet. Das Briefwahllokal befindet sich in der 3. Etage des Stadthauses (Friedrich-Ebert-Straße 79/81), Raum 3.025. Es ist barrierefrei zu erreichen. Die Öffnungszeiten vom 2. September bis 20. September 2013 sind wie folgt:
Montags 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Dienstags 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Mittwochs 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Donnerstags 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitags 08.00 Uhr bis 14.00 Uhr
Freitag, 20. September 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Am Samstag, den 21. September ist das Briefwahllokal geschlossen.
Bringen Sie Ihre Wahlbenachrichti-

gungskarte sowie den Personalausweis bzw. Reisepass mit.

Meine Briefwahlunterlagen sind da! Was nun?

1. Briefwahlunterlagen aus dem Umschlag nehmen und ganz in Ruhe die Kreuzchen machen.
2. Den Stimmzettel falten und in den beiliegenden blauen Wahlumschlag stecken.
3. Den weißen Wahlschein unterschreiben, damit das Amt weiß, wer gewählt hat. Niemand kann aber erkennen, welche Partei angekreuzt wurde!
4. Den weißen Wahlschein zusammen mit dem blauen Umschlag in den rosafarbenen Umschlag stecken.
5. Den rosa Umschlag (auch ohne Briefmarke) in den Briefkasten werfen und ans Wahlamt zurückschicken.

Wichtig: Spätestens am Mittwoch, demo 18. September 2013, abschicken!

DIE LINKE für eine andere Politik – vor und nach den Wahlen

Von Diana Golze, Mitglied des Bundestages, Spitzenkandidatin der brandenburgischen LINKEN

Laut einer Allensbach-Umfrage finden 64 Prozent der Befragten, dass die soziale Gerechtigkeit in den vergangenen vier Jahren zurückgegangen ist. 91 Prozent sagen, dass man vom Lohn für seine Arbeit gut leben können muss, 90 Prozent, dass alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung haben müssen und 77 Prozent, dass der Staat für eine Grundsicherung sorgen muss, mit der niemand in Not gerät.

Genau das steht im Zentrum LINKER Politik. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit berührt den Alltag fast aller Menschen. Es sind die Forderungen nach einem Existenzsichernden, flächendeckenden Mindestlohn, nach einem gerechten Renten- und Gesundheitssystem, nach Steuergerechtigkeit sowie der gerechten Lastenverteilung bei der Überwindung der Finanz- und Eurokrise. Es sind unsere Themen und die werden wir uns nicht von denen nehmen lassen, die vor der Wahl links blinken, nachdem sie jahrelang jede Abfahrt verpasst haben! Das jedenfalls ist die Bilanz des rot-grün-schwarz-gelben Regierungshandelns der letzten zehn Jahre.

Und darum sage ich: DIE LINKE ist nicht das Zünglein an der Waage für die Fortsetzung einer solchen Politik, sondern ihr einziges Korrektiv. Nur wir wollen eine andere Politik!

Jedem Menschen ein Leben in Würde

Die von SPD und Grünen mit Unterstützung von Union und FDP beschlossene Agenda 2010 trifft auch einen Teil der Bevölkerung, der mir besonders am Herzen liegt: Kinder und Jugendliche. Mehr als 1,6 Millionen unter 15-jährige sind derzeit auf Hartz IV angewiesen. Das ist jedes 7. Kind in Deutschland! Statt ein gesundes und bestmögliches Aufwachsen zu ermöglichen und die Teilhabe aller Kinder an Bildung, Kultur und gesellschaftlichem Leben zu sichern, bleibt auch die schwarz-gelbe Bundesregierung in der Logik der vergangenen

Jahre stecken. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil stellte klar: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Ihre Bedarfe müssen eigenständig ermittelt und erfüllt werden. Und dabei geht es nicht nur ums Essen und Kleiden, es geht um Bildungschancen, um den Sportverein oder auch ums Geschenk für den Kindergeburtstag. Die Antwort der Bundesregierung war das Bil-



dungs- und Teilhabepaket, das an Bürokratie seinesgleichen sucht. Dieses Paket ist vom Grundansatz falsch und unwirksam für die, die dadurch unterstützt werden sollten. Frau von der Leyen begründete das Paket damit, dass das Geld bei den Kindern ankommen müsse. Ich sage dieser Ministerin, dass durch das Bürokratiemonster „Bildungs- und Teilhabepaket“ fast der Hälfte der betroffenen Kinder und Jugendlichen das verwehrt wird, was ihnen verfassungsmäßig und per Gerichtsurteil rechtskräftig zusteht!

Wir als LINKE halten an der Einschätzung fest, die wir schon 2005 auf unseren Plakaten stehen hatten: Hartz IV ist Armut per Gesetz! Dieses Armuts Gesetz gehört endlich abgeschafft und durch eine Existenzsichernde Grundsicherung abgelöst, die jedem Menschen ein Leben in Würde ermöglicht.

Kita ist Bildung

Seit Jahren diskutiert Deutschland über das Für und Wider von öffentlicher Kindertagesbetreuung. Dabei diskutieren die Bürgerinnen und Bürger das Für und die Bundesregierung hält das Betreuungsgeld dagegen. In der eingangs zitierten Allensbach-Umfrage wünschten 71 Prozent der Befragten, dass der Staat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Und nur noch 20 Prozent unterstützen dabei das Betreuungsgeld von Ministerin Schröder. Ich verstehe Kindertagesbetreuung als eine Ergänzung zu dem, was Eltern, was Großeltern, was die Familie dem Kind bieten kann und nicht als einen Ersatz oder eine Alternative dazu. Darum mache ich mich stark für einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für jedes Kind – und zwar unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern.

Ich habe von Beginn an dafür gekämpft, dass es nicht nur um eine Steigerung der Anzahl der Betreuungsplätze geht, sondern auch immer um eine qualitativ hochwertige Betreuung gehen muss. Kita ist Bildung! Das darf bei allen Diskussionen nicht vergessen werden. Und ich bin glücklich und froh über den Rückenwind in Sachen Kindertagesbetreuung aus Brandenburg. Rot-Rot hat mit der Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kitas ein wichtiges Wahlversprechen umgesetzt. Eine Betreuungsquote von über 50 Prozent bei den unter 3-jährigen macht auch hier deutlich, wie soziale Politik aussieht, wenn DIE LINKE mitregiert.

Mindestlohn, Mindestrente, Kita-Ausbau, strengere Verfolgung von Steuerflüchtlingen, Verbot von Stromsperrern – all das wurde zuerst von der LINKEN in die Debatte eingebracht.

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik, für die Überwindung von Hartz IV, für die Rücknahme der Rente erst ab 67, für eine Angleichung der Löhne und Renten in Ost und West, für eine gerechte Steuerpolitik sowie für die Regulierung der Finanzmärkte. Dafür steht DIE LINKE und dafür stehe ich.

**Respekt:
Mindest-
Sicherung
statt
Hartz IV!
DIE LINKE.**

www.100-Prozent-sozial.de

„Kinder sind keine kleinen Erwachsenen“



Diana Golze gehört zur jüngeren Generation von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. Das hat den Vorzug, relativ unbelastet und noch nicht so abgeklärt zu sein. Mit der Erfahrung in der Abgeordnetentätigkeit wachsen auch die Herausforderungen.

So wird Diana Golze erneut in ihrem Wahlkreis 60 in Brandenburg an der Havel kandidieren.

Im Bundestag selbst ist Diana Golze Mitglied und zeitweilige Vorsitzende der Kinderkommission. Nach ihrem Motto „Kinder sind keine kleinen und preiswerten Erwachsenen“ engagiert sie sich sehr für die Aufnahme der Rechte der Kinder ins Grundgesetz.

Darüber hinaus engagiert sie sich sowohl in ihrem Wahlkreis als auch im Bundestag für den Ausbau von flächendeckenden Kita-Angeboten, für die Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen und für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung.

Mit meiner geschätzten Kollegin und Genossin verbindet mich vor allem, dass wir gemeinsam dafür kämpfen, einem der größten Übel in unserer Gesellschaft wirksam zu begegnen, nämlich der Armut von über zwei Millionen Kindern.

*Gregor Gysi, MdB,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE*

Wahlversprechen der SPD seit 1998 und die Realität

Nicht eingehalten

Solidarische Alterssicherung
Hohe Privatvermögen besteuern
Neuverschuldung stoppen
Arbeitslose unterstützen
Bildung ist Menschenrecht

Stattdessen

Rentenkürzungen durch die Rente mit 67
Herabsetzen des Spitzensteuersatzes
Streichung der Körperschaftsteuer
Hartz-IV-Gesetzgebung
Studiengebühren

„Im Kern unserer Politik steht **die soziale Frage**“

Im Gespräch: Norbert Müller, Bundestagsdirektkandidat der Partei DIE LINKE für den Wahlkreis 61 – Potsdam, Potsdam-Mittelmark II und Teltow-Fläming II

Schon immer dafür. DIE LINKE.

Mindestlohn, Abrüstung, gute Einkommen & Renten - Nur mit uns!

Ich wähle LINKS,...

... weil die LINKE die meisten Schnittmengen mit meinen Überzeugungen und Interessen aufweist. In der LINKEN habe ich AktivistInnen gefunden, die wirklich aktiv gegen Neofaschismus kämpfen, mit Kopf, Herz und Hand, auf der Straße und in den Parlamenten. Zudem ist die LINKE die einzige Partei, die wirklich an einer alternativen, sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft arbeitet. Geschlechtergerechtigkeit ist hier nicht nur eine Worthülse, sondern wird gelebt und ständig ausgebaut.



Auch wenn das repräsentative Demokratie- und Parteiensystem genügend Mängel aufweist und ich mich deswegen vor allen Dingen außerparlamentarisch engagiere, bin ich mir bewusst, dass Parlamente und Regierungen die politischen Entwicklungen maßgeblich beeinflussen. Ich möchte mitbestimmen, wer dort entscheidet. Darum wähle ich die LINKE. Und das mit meiner Zweitstimme.

Die erste gehört hier in Potsdam selbstverständlich Norbert Müller. Ganz einfach weil ich um sein Engagement für die Studierenden u.a. im Allgemeinen Studierendenausschuss (ASStA) der Potsdamer Universität weiß. Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Geradlinigkeit – das sind ein paar der Attribute, die ich in Norbert sehe. Wen ich wähle, dem muss ich vertrauen können. Bei den KandidatInnen der anderen in Potsdam antretenden Parteien kann ich das nicht sagen. Viel zu oft haben sie oder ihre Parteien vor der Wahl viel vollmundig versprochen. Wie's nach der Wahl dann weiter ging, das haben wir alle hinreichend erleben dürfen. Wir brauchen einen Politikwechsel – auch zu mehr Ehrlichkeit der PolitikerInnen. Und das ist der Grund, warum Norbert Müller meine Erststimme am 22. September gehören wird.

Claudia Fortunato, Aktive im freiLand und Studierenden-Aktivistin

Du bist jung verheiratet und hast mit deiner Frau Tina einen 2-jährigen Sohn, beruflich bist du auf dem besten Wege dein Studium für das Lehramt „Geschichte/Lebenskunde-Ethik und Religion“ an der Universität Potsdam erfolgreich abzuschließen. Und nun kandidierst du mit 27 Jahren zum ersten Mal als Direktkandidat für den Deutschen Bundestag. Warum tust du dir das an?

Norbert: Naja, noch quält mich die Politik weniger als ich mit meiner die politische Konkurrenz quäle. Insofern solltest du vielleicht die anderen KandidatInnen fragen, warum sie sich das antun. Täglich Sozialabbau, derbste Umverteilung von unten nach oben und Kriegseinsätze der Bundeswehr verteidigen zu müssen, stelle ich mir fürchterlich vor. Für diese Politik heben die Potsdamer Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD immer artig die Hand. Insofern ist es ein Stück weit eine Ehre, hier Politik machen zu dürfen, und für die Inhalte der LINKEN bekomme ich ja auch viel Zuspruch.

Aber es geht ja im Grunde nicht um mich: Die Politik von CDU, SPD, FDP und den Grünen hat dafür gesorgt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter öffnet. Während Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld gestrichen wird und die Finanzierung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz in den Sternen steht, Bildungskosten auf Länder und Kommunen abgewälzt werden, wird ein Betreuungsgeld eingeführt, das nur reichen Familien nützt und Banken und Spekulanten werden mit Milliarden subventioniert. Deswegen bedarf es einer klaren Wahlalternative im September 2013. Ich trete für DIE LINKE an, um denen eine

Stimme zu geben, die ihre Steuern lieber für Bildung, Kinder und Familien statt für Bankenrettungen und Steuergeschenke an Großunternehmen ausgeben würden. Deshalb sage ich: Ja, ich trete an – auch als Korrektiv zur Politik von CDU und SPD.

Beim Blick auf deine Vita staunt man doch über die Vielzahl der Aufgaben, die du so zu bewältigen hast. Wie packst du das?

Norbert: Ich versuche einfach viel zu arbeiten und vor allem meine Arbeit auch effektiv zu organisieren. Mein Leben ist nicht im Acht-Stunden-Rhythmus getaktet. Ich versuche jede Minute so gut wie möglich zu nutzen. Trotzdem bin ich häufig mit mir unzufrieden, und denke, da hätte noch mehr gehen müssen. Und natürlich überfordere ich mich auch gelegentlich. In erster Linie motiviert mich aber, gemeinsam mit anderen Menschen für die Verbesserung ihrer Lebenssituation zu kämpfen.

Du trittst in deinem Wahlkreis gegen solche „gestandene“ Konkurrentinnen an wie Andrea Wicklein (SPD) und Katherina Reiche (CDU). Wie siehst du trotzdem (oder erst recht!) deine Chancen?

Norbert: Meine Partei, DIE LINKE, organisiert eine Menge Menschen, die wie ich für eine Umkehr des gesellschaftlichen Mainstreams der Umverteilung von unten nach oben kämpfen. Das haben schon viele WählerInnen erkannt. Und ich sehe eben auch deshalb für mich Chancen, weil ich die Interessen der Mehrheit der Menschen auch ehrlich durchsetzen helfen will. Mit mir wird es weder eine weitere Zerstörung der Sozialsysteme geben, noch Kriegseinsätze

der Bundeswehr. Darauf können die Wähler vertrauen! Dagegen haben Frau Reiche und Frau Wicklein und ihre Parteien im Bundestag GEGEN eine gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland, GEGEN die Abschaffung von Hartz IV, GEGEN eine Rücknahme der Rente erst ab 67 gestimmt. Im Wahlkampf versprechen diese Parteien Vieles, woran sie sich dann offenbar im Bundestag nicht mehr erinnern wollen. Wir LINKE sind mehr als das soziale Gewissen der Gesellschaft: Wir sind ihre beste Sozialversicherung.

Da sind wir schon bei den Themen, mit denen du ins „Rennen“ ums Direktmandat gehen willst. Welche sind das?

Norbert: Das Wahlprogramm meiner Partei trägt die gewichtige Überschrift ‚100 Prozent sozial‘. Im Kern steht also die soziale Frage. Und diese durchzieht die vier Schwerpunkte, die ich auf meine Fahnen geschrieben habe: Das ist der Kampf um bezahlbaren Wohnraum; der Ausbau der Bildungs- und Kita-Infrastrukturen; gute Arbeit und soziale Sicherheit, sowie die Thematik Bürgerbeteiligung/Mitwirkung/direkte Demokratie.

Und welche Themenschwerpunkte setzt du für Potsdam?

Norbert: Eigentlich alle vier. Bezahlbarer Wohnraum – das ist ein wichtiges Thema für die meisten PotsdamerInnen. Hier können wir glaubwürdig an kommunale Initiativen anknüpfen, die beispielsweise in Potsdam zu den flexiblen Belegungsbindungen und der Mietbremse für die Pro-Potsdam geführt haben. Weitere Veränderungen am Mietrecht sind also nötig und



Immer mit dabei wenn es um Rechte für Menschen geht.



Im Gespräch mit erfahrenen Mitstreitern.



Politikfreie Zeit nutzen – mit Sohn Timo im „Grünen“.

möglich. Der Ausbau der Bildungs- und Kita-Infrastrukturen betrifft insbesondere die Landeshauptstadt. Hier werde ich deutlich die Forderung nach mehr Verantwortungsübernahme durch Land und Bund in den Mittelpunkt stellen. In Potsdam arbeiten 29000 Menschen zu Niedriglöhnen. Ein Mindestlohn in Höhe von 10 € pro Stunde hilft denen nicht nur sofort, er ist auch Altersarmutssicher. Und schließlich die Bürgerbeteiligung, die Mitwirkung, die direkte Demokratie – dieses Themenfeld ist zumindest in der Landeshauptstadt mit vielen Anknüpfungspunkten in der öffentlichen Debatte und wird es aufgrund der Bildung von Beteiligungsrat und Einrichtung des Beteiligungsbüros bleiben. Das zeigt, dass mehr unmittelbare Teilhabe von BürgerInnen auch auf Bundesebene funktionieren kann.

Und wie sieht es letztlich mit den „Glückshormonen“ aus bei dir? An-

ders gefragt: Was macht Norbert Müller, wenn er nicht in der Politik unterwegs ist?

Norbert: Ich habe inzwischen gelernt, dass man sich Freiräume schaffen muss, auch um den Kopf wieder frei zu bekommen. Ich gehe zum Beispiel gern segeln und habe mit meiner Frau Tina eine kleine Jolle. Das Boot ist wohl so alt wie wir beide zusammen und bietet viele Möglichkeiten, mal von Kopf- auf Handarbeit umzusatteln. Das ist ziemlich unpolitisch, oder?

Ansonsten sorgt meine Familie inzwischen dafür, dass ich politikfreie Zeit habe: Unser Sohn verdient seine Aufmerksamkeit und weil er täglich neue Wörter lernt, kann er die auch prima einfordern. Wenn Timon meine Hand greift und „Komm Papa“ oder „hier lang“ sagt, bleibt der Laptop eben allein am Tisch stehen. Und auch ein Haushalt macht sich ja nicht von alleine.

Besonderes Glück ist für mich immer,

wenn wir mit unserem Sohn toben können und er sich vor Lachen schon verschluckt. Glück bedeutet auch zu sehen, wie Timon sich entwickelt, immer mehr nachplappert. und ganz eigenverantwortlich den größten Quatsch ausprobiert. Ich würde mir wünschen, dass irgendwann meine Kinder einmal sagen können, dass sie stolz auf ihren Papa sind, weil er vielen Menschen geholfen hat, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Das ist vielleicht etwas egoistisch, scheint mir aber erstrebenswert.

Und da sind wir wieder bei der Politik. Wir wünschen dir jedenfalls viel Erfolg bei der Bundestagswahl. Und darüber hinaus natürlich alles Gute.



Zum „fetzigen Wahlkampf“ – warum nicht auch als „Eisverkäufer“?

Eine gute Wahl

„Die Bundesregierungen, egal ob rot-grün oder schwarz-gelb, brauchen den linken Druck und Gegenwind, der gesellschaftliche Veränderung immer wieder einfordert. Ohne diesen Gegenwind würde sich in diesem Land nichts bewegen. Minderheiten wie Lesben und Schwule brauchen deshalb auch zukünftig eine starke Fürsprecherin im Bundestag, auch wenn die rechtliche Gleichstellung fast erreicht ist. Denn ihre Belange gehen über den rechtlichen Rahmen hinaus. Ob Beratungsstrukturen zu Gesundheitsthemen oder Antidiskriminierungsarbeit, die Bundesregierung bleibt in der Pflicht Minderheiten zu unterstützen.“

Norbert Müller traue ich zu, genau diese Unterstützung von der Bundesregierung einzufordern. Deshalb ist er eine gute Wahl.“



Jirka Witschak

Ein „unbequemer Suchender“

„Norbert ist jung und dennoch schon ein ‚alter Hase‘ in der Politik. Schon frühzeitig hat er sich bei solid und der Linksjugend, in der PDS und der LINKEN engagiert - für gerechte Bildungschancen, für soziale Gerechtigkeit, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Fertige Antworten sind nicht sein Ding, er ist ein Suchender und manchmal unbequem. Ich unterstütze Norbert als überzeugendes Kontrastprogramm zu den konservativen und neoliberalen Kandidaten für den Bundestag.“

Anita Tack, Ministerin Landesregierung Brandenburg (MUGV), MdL, SVV Potsdam



Norbert gehört in den Bundestag

„Norbert Müller ist jung, aber schon mit großer politischer Erfahrung ausgestattet. Ich habe Norbert Müller als engagierten, kämpferischen Menschen kennen gelernt, der klug und energisch für seine linke Überzeugung argumentieren kann. Seine jugendliche Radikalität verbindet er mit den realen Lebensproblemen der Menschen. Deswegen gehört er in den Bundestag. Er hat meine volle Unterstützung.“

Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL, SVV Potsdam Fraktionsvorsitzender DIE LINKE



Revolution?
Nein, einfach zeitgemäß: 10 Euro Mindestlohn sofort per Gesetz, 1050 Euro Mindestrente, Millionärsteuer einführen, Energie und Mieten für alle bezahlbar, Mindestsicherung statt Hartz IV, Waffenexporte verbieten!
www.die-linke.de

DIE LINKE.

Persönliches und Politisches über Norbert Müller

Geboren wurde Norbert Müller 1986 in der Oderbruchstadt Wriezen. Aufgewachsen ist er in Strausberg, wo er auch sein Abitur ablegte. Seit der Jahrtausendwende war er aktiv in verschiedenen lokalen Initiativen im Antifa- und Bildungsbereich und arbeitete an mehreren Zeitungsprojekten mit. Seit 2005 lebt er in der Landeshauptstadt. Er studiert Geschichte und Lebensgestaltung-Ethik-Religion auf Lehramt an der Universität Potsdam. Von 2008 bis 2010 wirkte Norbert Müller als studentischer Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam). 2010 fungierte er als Bildungsreferent des Vereins zur Förderung einer solidarischen Wirtschaftsweise und der Völkerverständigung e.V. Seit 2010 ist er Mitarbeiter von Sabine Wils, Mitglied des Europäischen Parlaments (DIE LINKE/Fraktion GUE/NGL).

Neben seiner Mitgliedschaft in verschiedenen politischen Vereinigungen ist der 27-jährige Mitglied im Babelsberger Kiezverein Babelsberg 03.

Norbert Müller ist stellvertretender Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg und Direktkandidat seiner Partei bei der Bundestagswahl 2013. Er ist verheiratet und Vater eines Sohnes.



(Quelle: www.norbert-mueller.net)

So wurde ABGESTIMMT im Bundestag

Vor der Wahl viele Dinge versprechen und nach der Wahl auch einzulösen, ist nicht die Stärke von SPD, CDU und Grünen. Das Abstimmungsverhalten (Beispiele) von SPD, CDU und Grünen im Bundestag zu unseren LINKEN Schwerpunktthemen ist sicher hilfreich in der Diskussion mit KandidatInnen von SPD, CDU und Grünen – und sicher auch für eine Wahlentscheidung...

Rente erst ab 67 sofort vollständig zurücknehmen

Andrea Wicklein (SPD): Nein
Katherina Reiche (CDU): nicht abgegeben
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): Nein

Wasser ist Menschenrecht – Privatisierung verhindern

Andrea Wicklein (SPD): Enthaltung
Katherina Reiche (CDU): Nein
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): Ja

Hartz IV-Sanktionen abschaffen

Andrea Wicklein (SPD): Nein
Katherina Reiche (CDU): Nein
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): Enthaltung

Keine Panzer an Saudi-Arabien verkaufen

Andrea Wicklein (SPD): Enthaltung
Katherina Reiche (CDU): Nein
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): Ja

Grundgesetzliche Verankerung des Ausstiegs aus der Atomenergie

Andrea Wicklein (SPD): Nein
Katherina Reiche (CDU): Nein
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): Enthaltung

Für eine gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Andrea Wicklein (SPD): Nein
Katherina Reiche (CDU): Nein
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): Nein

Kostenlose Seenübertragung vom Bund auf die Länder

Andrea Wicklein (SPD): Nein
Katherina Reiche (CDU): Nein
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): Enthaltung

Für eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung

Andrea Wicklein (SPD): Nein
Katherina Reiche (CDU): Nein
LINKE: Ja
Cornelia Behm (Grüne): nicht abgegeben

▶ Bezahlbare Mieten

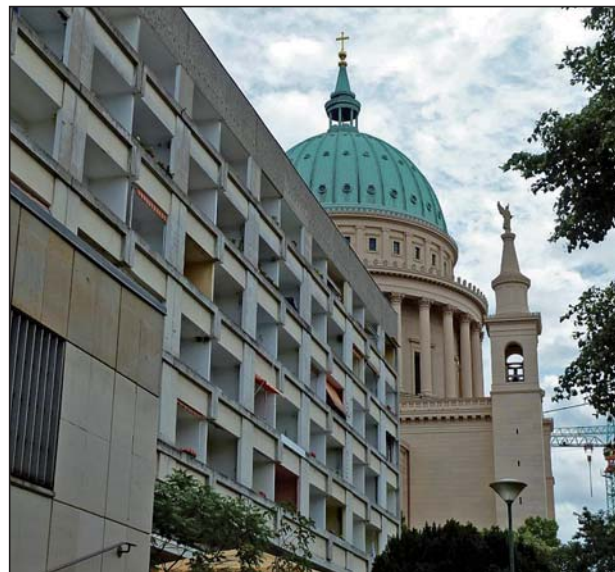
Fast überall in Deutschland steigen die Mieten. Besonders in Städten wie München, Hamburg oder Potsdam sind die Mieten in den vergangenen fünf Jahren exorbitant gestiegen. Wohnen in den Innenstädten können sich nur noch Besserverdienende leisten. Aber auch kleinere Städte kennen das Problem der Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen aus ihren Wohnungen. DIE LINKE fordert den Stopp der Mietpreisexpllosion durch eine echte Mietpreisbremse.

Besonders bei Neuvermietungen wird immer wieder kräftig drauf geschlagen. Die Bundespolitik verschärft die angespannte Situation durch ihren Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau. In den vergangenen zehn Jahren wurde jede dritte Sozialwohnung gestrichen. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wurden privatisiert. Auch deswegen wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend Mangelware.

DIE LINKE fordert weiter das Verbot von Mieterhöhungen bei Neuvermietung. Kommunen müssen zudem die Möglichkeit bekommen, die Mieten zu deckeln und so Preisexplosionen zu stoppen. Mieterinnen und

Mieter dürfen nicht bei Maklergebühren zur Kasse gebeten werden. Spekulationen mit Wohnraum müssen unterbunden und nicht weiter steuerlich begünstigt werden.

„Die Ärmsten trifft es immer zuerst. Daher brauchen wir dringend einen neuen sozialen Wohnungsbau von mindestens 150.000 Sozialwohnungen jährlich“, sagt Norbert Müller, Bundestagsdirektkandidat der LINKEN. Er kritisiert die Entwicklung der Mieten und unterstreicht weitere politische Forderungen der LINKEN für die Mieterinnen und Mieter: „Zwangsräumungen



und Zwangsumzüge von Hartz-IV-Beziehenden müssen verboten werden und Heizkosten sollen wieder im Wohngeld enthalten sein. Wir stehen für eine soziale Stadtentwicklung mit lebendig durchmischten Quartieren.“

▶ Gleiche Bildungschancen für alle

Deutschlands Bildungssystem ist eines der selektivsten Europas. In kaum einem anderen europäischen Land ist der erreichte Bildungsgrad so stark abhängig vom elterlichen Geldbeutel wie in der Bundesrepublik. Dafür gibt es viele Gründe: Der Mangel an wohnortnahen Kitaplätzen, ein stark gegliedertes und überdies in den Bundesländern unterschiedliches Schulsystem, Studiengebühren, kaum ausreichend bezahlte Pädagogen.

Der freie und gleiche Zugang zu Bildung ist eine der elementarsten Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft:

▶ Deswegen streitet DIE LINKE für eine bessere personelle Ausstattung von Kitas und einen bundesweit einheitlichen geringeren Betreuungsschlüssel. In Brandenburg wurde er in dieser Legislatur auf Initiative der LINKEN bereits gesenkt.

▶ Wir wollen ein möglichst langes gemeinsames Lernen in einem inklusiven Schulsystem, das auch Kinder und Jugendliche mit körperlichen und geistigen Defiziten integriert und nicht ausgrenzt. Die rot-rote Landesregierung hat ein Modellprogramm „Inklusion“ auf den Weg gebracht und ist damit bundesweit Vorreiter. In Potsdam wurden in den vergangenen drei Jahren bereits zwei neue Gesamtschulen eröffnet, in denen Kinder auch nach der Grundschule weiter gemeinsam lernen können.



Die Goethe-Gesamtschule in Babelsberg

▶ Bildung darf niemals vom Geldbeutel abhängen. DIE LINKE fordert deshalb die Gebührenfreiheit aller öffentlichen Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule. Dies schließt auch die Gebührenfreiheit von überbetrieblichen Ausbildungswegen in der Berufsausbildung sowie die Lehr- und Lernmittelfreiheit ein.

▶ Gute Bildung braucht gute Pädagogen. Dazu gehört eine existenzsichernde und angemessene Bezahlung ebenso wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen insbe-

sondere für den akademischen Mittelbau an den Hochschulen.

▶ Gute Bildung kostet Geld. Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich, das SPD und Union 2006 auf den Weg brachten, muss abgeschafft werden. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe und muss in allen öffentlichen Haushalten besser gestellt werden.

Gute Bildung schafft man nicht „mit Links“ – aber mit der LINKEN!

▶ 10 € gegen Lohndumping und Altersarmut

Durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns soll der gezielten Niedriglohnpolitik ein Ende bereitet werden. Es liegt daher in der Natur der Sache, die Höhe des Mindestlohns so zu bemessen, dass der Niedriglohnsektor überwunden werden kann und nicht durch einen zu niedrigen Mindestlohn noch fortgesetzt wird. Das statistische Bundesamt hat in seiner letzten Berechnung die durchschnittliche bundesdeutsche Niedriglohnsgrenze bei 10,36 Euro Bruttostundenlohn angesetzt – 1802 Euro pro Monat. Die Forderung der LINKEN nach einem sofortigen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde ist daher als gesetzliche Untergrenze gedacht, die nicht unterschritten werden darf, wenn die Systematik der Niedriglohnpolitik durchbrochen werden soll. Jährliche Anpassungen und die Berücksichtigung der Inflationsrate sind dabei unverzichtbar.

Von Arbeit muss man leben können - auch im Alter. Um nach 45 Jahren Vollzeitbeschäftigung eine Rente oberhalb der Grundsicher-



ung zu erhalten, ist nach Berechnungen der Bundesregierung ein Stundenlohn von 10 Euro erforderlich, wie sie in ihrer Antwort vom 23. Januar 2013 auf eine schriftliche Frage

von Klaus Ernst mitteilte. Dieses Rechenbeispiel zeigt deutlich, dass der heutige Niedriglohnsektor keine Voraussetzung bietet, um über Erwerbsarbeit eine Rente zu erhalten, die das Existenzminimum im Alter sichert. Wer Altersarmut vorbeugen will, muss eine gesetzliche Lohnuntergrenze daher oberhalb des Niedriglohnsektors ansiedeln. DIE LINKE will Altersarmut vermeiden und fordert auch deshalb: 10 Euro Mindestlohn – sofort!

Besonders ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden von einem Mindestlohn profitieren. Ein Mindestlohn von 10 Euro würde die Stundenlöhne von 42 Prozent der Beschäftigten im Osten anheben – im Westen von 25 Prozent. Neuere Berechnungen des Instituts PROGNOSES ergeben, dass dadurch ebenfalls der Abstand zwischen Ost- und Westrenten verringert werden würde. Bei einem Mindestlohn von 10 Euro würde der aktuelle Rentenwert Ost um 4,8 Prozentpunkte steigen. Auch deshalb fordert DIE LINKE einen Mindestlohn von 10 Euro.

▶ Bürgerbeteiligung – mitbestimmen und mitgestalten!

Hören wir heute die verschiedenen politischen Gremien und dessen Entscheidungsträgern zu, so ist das Thema der Beteiligung nicht mehr wegzudenken. Doch allzu oft findet der Begriff nur für kleine Teilbereiche oder Ausnahmeprojekte Geltung. Hierfür ist Potsdam ein beredtes Beispiel. Doch Bürgerbeteiligung meint nicht einen zusätzlichen Sektor des Politischen. Beteiligung ist der Gedanke der Durchdringung des gesamten Gemeinwesens. Dies ist ein urdemokratisches Verständnis von Beteiligung. Dabei geht es uns um mehr, als nur die Überwindung der ökonomischen Krise. Der LINKEN geht es darum, wie der Staat seiner Verantwortung und seinen Herausforderungen am intelligentesten und wirkungsvollsten gerecht werden kann. Ein demokratischer Staat ist dann stabil, wenn er sich selbst zurücknimmt, jedoch jene Strukturen fördert, die Bürgerbeteiligung und dessen Engagement fokussiert.

Doch dieses urdemokratische Ziel ist lange nicht erreicht. Die Hürden für eine direkte Beteiligung der Bevölkerung sind aus Sicht der LINKEN immer noch viel zu hoch. In unserem Land werden Meinungen und Interessen von Bürgerinnen und Bürgern meist nur dann gehört, wenn sich dahinter finanzstarke und einflussreiche Lobbygruppen verbergen. DIE LINKE stellt sich dem entgegen. Sie lehnt Spenden von Konzernen ab und sucht beispielsweise auch nicht nach finanzkräftigen Sponsoren für ihre Parteitage. DIE

LINKE will denen eine Stimme geben, die ansonsten ungehört bleiben. Ziel muss es daher sein, durch Bürgerbeteiligung die Souveränität der politischen Entscheidungsgremien und damit eine solidarische Demokratie an sich zu stärken und zu ermöglichen. Dies können wir nur erreichen, wenn wir die Selbstorganisationsprozesse der Zivilgesellschaft unterstützen.

DIE LINKE hat im Bundestag in den letzten vier Jahren einiges in diesem Bereich erarbeitet und im Bundestag zur Abstimmung gestellt. Zum Beispiel eine dreistufige Gesetzgebung auf Bundesebene: Bürgerinnen und Bürger sollen Gesetzesvorschläge durch Volksinitiativen, Volksbegehren oder eben einen Volksentscheid in das Parlament einbringen und sich auch zwischen



den Wahlen politisch einmischen können. Ähnliche Initiativen hat DIE LINKE auch in zahlreichen Landtagen oder Kommunalvertretungen gefordert. Noch hat DIE LINKE dafür im Bundestag keine Mehrheit bekommen. Sie bleibt aber dran, denn die Menschen im Land sollen nicht nur einmal in vier Jahren die Möglichkeit haben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen.

Zitiert – und nicht vergessen

Frank-Walter Steinmeier (SPD) am 14.8.2010 im „Tagesspiegel“:

„Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist notwendig.“

Rainer Brüderle (FDP) in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 22.8.2009:

„Mindestlöhne bleiben maximaler Unsinn, weil sie Arbeitsplätze gefährden.“

Horst Seehofer (CSU) auf der Landesversammlung der Jungen Union am 16.11.2009:

„Die Studiengebühren, die bleiben.“

Fritz Kuhn (GRÜNE) in der „SZ“ zum Tornadoeinsatz in Afghanistan, 6.3.2007:

„Unter den vier Partei- und Fraktionsvorsitzenden sind drei für den ‚Tornado‘-Einsatz und eine dagegen – das muss man festhalten.“

Franz Müntefering (SPD) am 2.9.2006 auf der „Wir sind zurück“-Pressekonferenz:

„Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair.“

Sigmar Gabriel (SPD) gegenüber der Rheinischen Post“ am 01.10.2002:

„Die Wahrheit vor der Wahl – das hätten Sie wohl gerne gehabt.“

Erstmal* DIE LINKE. wählen!

* Liebe Erstwählerin, lieber Erstwähler, konservativ kannst du später werden.

Wählen gehen – für einen Politikwechsel

Es ist Wahlkampf: Die CDU versucht sich ein weiteres Mal in der Rolle als inhaltsbefreite Merkel-Partei, die FDP will mit viel Krach Leihstimmen von den Konservativen gewinnen, die Grünen präsentieren sich als hippe Wohlstands-Ökos und die SPD? Die schreibt fleißig bei der LINKEN ab und blinkt kräftig links, obwohl irgendwie alle wissen, dass nach dem Wahltag wieder rechts abgebogen wird. All das Wahlkampfgetöse soll letztlich nur übertönen, dass es den „etablierten“ Parteien nicht um einen Politikwechsel geht, sondern nur um Personalaustausch.

Trotz allen pseudolinken Geredes gibt es bis zum heutigen Zeitpunkt keine Festlegung eines verantwortlichen Sozialdemokraten (oder Grünen) das Hartz-IV-System zu revidieren, die Leiharbeit abzuschaffen oder die massive Rentenkürzung, die sich „Rente mit 67“ nennt, aufzugeben. Und dass Rot-Grün die Unterstützung der perversen milliardenschweren Bankenrettungspolitik aufgibt, ist auch nicht zu erwarten. Dazu passt ins Bild, dass der dröhnende Peer Steinbrück eine Kooperation mit der LINKEN ausgeschlossen hat. Nicht aber mit der FDP oder der CDU. Dabei glaubt die Mehrheit der WählerInnen nicht mal mehr an einen Regierungswechsel.

Jede Stimme für Steinbrück und die SPD ist eine verschenkte Stimme, wenn man einen Politikwechsel will. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für die Abschaffung des Hartz-IV-Systems, gegen demütigende Leiharbeit, für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, für ein solidarisches Rentensystem, in das alle einzahlen, für eine Millionärsteuer und die Umverteilung von oben nach unten, für ein Stopp bei Energiepreisen und Mieten, für einen Umweltschutz, der nicht wie bei den Grünen von den arbeitenden Geringverdienern bezahlt werden muss. Es gibt also nur eine Wahlentscheidung: Die Herrschaft von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP oder den wirklichen Politikwechsel mit einer starken LINKEN. Zu Hause bleiben beeindruckt Steinbrück und Merkel nicht, wohl aber eine erfolgreiche und widerständige LINKE.

Deshalb: Verschenken Sie nicht Ihre Stimme – gehen Sie wählen!

Ihr Norbert Müller

Unser Preisrätsel:

Freikarten für „03“ oder Turbine zu gewinnen

Schon Kinder finden nichts wichtiger als SIE. Scharen von Politikern machen sich fortwährend Gedanken über SIE. Nichts bringt den friedlichen Normalbürger mehr in Rage als ihre Missachtung. Wir alle sind von Beginn unserer Existenz an von ihr besessen.

Eine Gesellschaft, in der sich eine Minderheit durch die Ausbeutung der Mehrheit bereichert, ist krank. Zehn Jahre nach Verkündung der „Agenda 2010“ durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) fordert deshalb DIE LINKE eine neue „Agenda ...“. „Gute Arbeit, gerechte Löhne, Rente, die vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert, soziale Grund-

rechte: das sind keine Utopien, sondern das sind realisierbare Ziele“, betont LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping. Es geht also um ein Ziel - um ??????????

Finden Sie heraus, was wir suchen, liebe LeserInnen. Unser Suchwort hat 13 Buchstaben. Diese sollten Sie auf einer Postkarte notieren und an die Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam in der Dortustr. 53 in 14467 Potsdam schicken. Dann sind Sie dabei, wenn wir zwei Preise unter allen richtigen Lösungen auslosen.

Diese Preise sind übrigens 2 x 2 Freikarten für Spiele von Babelsberg 03 ODER Turbine Potsdam. Viel Glück.
Die Redaktion

Freistoß (Sport)	Ausschuss: Körperschaft	wirtschaftlicher Zusammenbruch	Oper von Verdi	Kanal in dt. Küstenstädten	Amst-tracht	männliche Anrede	leicht bitter oder säuerlich	Fluss zur Rhone
holländ. Entertainer (Rudi)	5				Hahnenfußgewächs			2
			3	früherer österr. Adelstitel			Bar-gewinn	
Handlender; Schauspieler	ritterliche Liebe			Pferde-rennbahn (engl.)	Rand eines Gewässers	Weinstock	eine der Gezeiten	Skilang-lauf: Bahn, Spur
Edelrost	nord-amerikanischer Strom	Hauptstadt der Balearen	8		Hotel-boy	Stadt in Nord-frankreich		4
Sport-veranstaltung	Entwurf, Rohzeichnung	betören, bezaubern	Piste auf Flugplätzen		alkoholisches Getränk		Quell-fluss der Weser	Götter-trank; Blüten-saft
Sport-runderer					italie-nisches Reis-gericht	Zitter-pappel		
Satz-zeichen				rechter Neben-fluss der Donau			jetzt	10
					weit ab-gelegen			chem. Zeichen für Lute-tium
am Anfang	Zirkus-kunst	Rausch-gift	1	groß-artig, unglaub-lich			lediglich	
rahmen-artige Ein-fassung					Dotter			
Art von Früchten	Musical von A. Lloyd Webber	Stadt in der Schweiz		Lobrede		Stadt im Ruhr-gebiet		
			6	Einwand	12			
fast, an-nähernd		Talent, Neigung						
				Kellner				
Hohl-maß	13	Fische fangen						
Strom-speicher (Kurz-wort)				Nach-las-emp-fänger				11

Mitmachen und gewinnen!
An Die Linke
Dortustraße 53
14469 Potsdam
Einsendeschluss 22.09.2013

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Sonnabend, 24.08.2013, ab 10.00 Uhr: Wahlaufakt zum Sommerfest der LINKEN am Neptunbrunnen.

Sonntag, 01.09.2013, 11.00 Uhr: Gedenken zum Weltfriedenstag am Deserteursdenkmal Platz der Einheit.

Hier treffen Sie unseren Direktkandidaten Norbert Müller:

Mittwoch, 05.09.2013: Tag der offenen Tür im Club 18 ab 14.00 Uhr. 19.00 – 21.00 Uhr: POLITIK-TALK Bundestagswahl 2013 - mit den Direktkandidaten des WK 61.

Sonnabend, 07.09.2013, ab 14.00 Uhr Stadtteilstoff am Stern, Stern*Zeichen

Sonnabend, 07.09.2013, ab 14.00 Uhr: Stadtteilstoff zum 50-jährigen Jubiläum. Waldstadt-Grundschule.

Sonnabend, 07.09.2013, ab 11.00 Uhr: Stadt- und wohnungspolitische Ideenwerkstatt der LINKEN im Humboldt-gymnasium, Aula.

Sonntag, 08.09.2013: Tag der Mahnung und Erinnerung. Ort: OdF-Denkmal Platz der Einheit

Montag, 09.09.2013, 18.00 Uhr Podiumsdiskussion von ARGUS und dem Verkehrsclub Deutschland zu Ver-kehr, Ort: Haus der Natur

Donnerstag, 19.09.2013, 10.00 Uhr: Podiumsdiskussion in der Aula des Humboldtgymnasiums.

Sonnabend, 21.09.2013: Toleranzfest 2013. Ort: rund um das OSZ in der Waldstadt.